

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/65

7. April 1975

Flagge für Europa gezeigt

Europäischer Gemeindetag in Wien gab Impulse für das Einigungswerk

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Vizepräsident des Rates der Gemeinden Europas/Deutsche Sektion

Seite 1 / 43 Zeilen

Europa ohne Verkehrspolitik

Im Ministerrat herrscht auf diesem Sektor das große Schweigen

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 2 und 3 / 55 Zeilen

Kiel: Keine Hilfe für Schulabgänger

Die Regierung Stoltenbergs flieht aus ihrer Verantwortung gegenüber der Jugend

Von Heinz Lund MdB
Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Seite 4 und 5 / 44 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Sonthofener Programm" in der internationalen Presse

Seite 6 und 7 / 86 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 468
Pressenr. 1. Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 39
Telex: 06 80 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Flagge für Europa gezeigt

Europäischer Gemeindetag in Wien gab Impulse für das Einigungswerk

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Vizepräsident
des Rates der Gemeinden Europas/Deutsche Sektion

Die gemeinsame Zukunft Europas und die Stellung der kommunalen Selbstverwaltung in Europa standen im Mittelpunkt des XI. Europäischen Gemeindetages in Wien. Mehr als 3.000 Kommunalpolitiker aus 14 westeuropäischen Ländern, darunter auch eine repräsentative Delegation aus der Bundesrepublik, machten durch ihre Beiträge und Diskussionen deutlich, wie wichtig es für den Europagedanken ist, auf fachlicher Ebene und in direkter Begegnung konkrete Probleme und Lösungsmodelle zu erörtern.

In diesem Sinne wurden in Wien Beziehungen und neue Kontakte zwischen den Vertretern der europäischen Gemeinden und Regionen geknüpft, wurde das Bekenntnis, daß die Vereinigung Europas trotz der immer wiederkehrenden Rückschläge und Enttäuschungen der einzige rationale und demokratische Weg ist, um die lebenswichtigen Probleme der europäischen Bevölkerung zu lösen, eindrucksvoll erneuert. Über 40 Millionen Bürger, die jetzt schon durch Städtepartnerschaften erfaßt werden, sind ein lebendiger Beweis dafür. Wie schon in der Vergangenheit andere Gemeindetage, hat auch der diesjährige Kongreß "Flagge für Europa" gezeigt. Auch für die Zukunft wird er das Ziel der politischen Union so im Auge behalten wie gestern und vorgestern, als manche sogenannte Realpolitiker und viele, die sich dafür halten, als Europäer schon resignierten.

Dazu brauchen wir kämpferische europäische Demokraten und freie Wahlen, so vor allem für die direkte Wahl des Europäischen Parlaments. Solche Entwicklungen sind grundlegende Fundamente, auf denen sich eine Europäische Union entwickeln kann. Formale Aufträge oder Tröstungen sind noch keine aktive solidarische Politik. Das gilt auch für den Auftrag der neun europäischen Regierungen an den belgischen Premierminister Leo Tindemans.

Europa, das zeigten auch die Diskussionen in Wien, muß verwirklicht werden mit einer Politik der ständigen kleinen Schritte. Es herrschte Einigkeit darüber, daß es sich für dieses epochale Ziel lohnt, den eigenen Regierungen "kräftig auf den Füßen zu stehen". Natürlich kann Europa nicht kurzerhand alle die Probleme lösen, die wir zu Hause in den einzelnen Staaten über viele Jahre hinweg nicht haben lösen können, aber es kann einen tatkräftigen Beitrag leisten zu einer aktiven und solidarischen Politik, angefangen bei der Gemeindereform oder der Lösung sozialer Fragen bis hin zur Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern.

Auch in den Wiener Debatten wiesen verschiedene Teilnehmer darauf hin, daß die Zusammenarbeit mit den USA für Europa als selbstverständlich anzusehen ist und daß sie ein wichtiger Bestandteil für die Gesamtpolitik eines vereinigten Europas bedeutet. Das gilt auch für unsere Freunde in Großbritannien, die im Geiste des XI. Europäischen Gemeindetages dazu aufgefordert sind, Europa und den europäischen Gedanken durch ein eindeutiges Votum zu stärken.

(-/7.4.1975/ka/pr)

Europa ohne Verkehrspolitik

Im Ministerrat herrscht auf diesem Sektor das große Schweigen

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vor dem Ausschuß für Regionalpolitik und Verkehr im Europäischen Parlament klagte der für Verkehrsfragen in der Kommission zuständige Kommissar Scarasola-Mugnozza zusammen mit den europäischen Verkehrspolitikern über das verkehrspolitische Schweigen im Ministerrat. Er gebrauchte dabei Formulierungen wie "es hat bisher wenig Fortschritte gegeben" und "momentan ist kein Vorwärtkommen".

In der ersten Hälfte dieses Jahres hat Irland im Ministerrat den Vorsitz. Das bedeutet, daß auch bei den Verkehrsministern der irische Kollege den Rat zu einer Ratstagung einzuladen hätte. Bis jetzt gibt es jedoch dafür keine Anzeichen. Es wäre nicht das erste Mal, daß während eines Ratsvorsitzes von dem dafür zuständigen Verkehrsminister kein Ministerrat für Verkehr zustandegebracht werden konnte. Eine Schuld beim irischen Verkehrsminister zu suchen, wäre allerdings völlig falsch. Einziger Lichtblick scheint momentan zu sein, daß während der vom 18. bis 20. Juni stattfindenden Konferenz der europäischen Verkehrsminister (CEMT) die Ressortchefs der neun EG-Länder die Absicht haben sollen, zu einer "informellen Zusammenkunft" zusammenzutreffen. Dies ist zwar mehr als gar nichts, aber viel zu wenig.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat bisher eine Vielzahl von Vorschlägen an den Ministerrat geleitet, und das Europäische Parlament hat zu diesen Vorlagen mit geringfügigen Änderungen zustimmend Kenntnis genommen. Besonders wichtig ist z.B. die "Mitteilung der Kommission an den Rat über die weitere Entwicklung der gemeinsamen Verkehrspolitik". Diese Vorlage wurde von der Kommission bereits am 24. Oktober 1973 verabschiedet. Das Europäische Parlament hatte sich dazu nach langen internen Beratungen sehr ausführlich geäußert. Es unterstrich, daß die bisherigen gering-

fügigen Schritte der Gemeinschaft auf diesem Gebiet bei weitem nicht ausreichen, um auf dem Verkehrssektor die notwendigen Voraussetzungen für eine wirkliche Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen. Einmütig wurde die Kommissionsvorlage begrüßt und als eine "umfassende Konzeption für die gemeinsame Verkehrspolitik" angesehen. Die Grundhaltung dieser Vor schläge wurde ebenso richtig geheißen und die Aufforderung an den Ministerrat gerichtet, "durch die Annahme des genannten Beschlusses das Vertrauen der Öffentlichkeit und der Betroffenen in das Zustandekommen einer gemeinsamen Verkehrspolitik wieder herzustellen". Dies ist nun allerdings auch schon einige Monate her und nach wie vor zeichnen sich keine Entscheidungen im EG-Ministerrat in dieser und bei den zahlreichen anderen Fragen ab.

Wie bereits in der Vergangenheit, so möchte der für Verkehrsfragen zuständige Ausschuß des Europäischen Parlaments auch jetzt wieder von sich aus initiativ werden. Er hat für diesen Monat eine seiner regelmäßigen Sitzungen von Brüssel nach Dublin verlegt. Dort soll Gelegenheit gefunden werden, mit dem irischen Verkehrsminister ernsthaft über den Stillstand in der europäischen Verkehrspolitik zu reden. Inwieweit dies erfolgreich sein wird, bleibt anzuwarten, denn ein Minister, selbst wenn er der Ratsvorsitzende ist, kann alleine noch keine Wunder bewirken.

Es wird Zeit, daß in allen nationalen Parlamenten die jeweiligen Verkehrsminister von den europäisch denkenden und engagierten Abgeordneten gefragt werden, inwieweit sie sich für die europäische Verkehrspolitik mitverantwortlich fühlen und welche besonderen Aktivitäten sie zu unternehmen gedenken. Wenn dann einheitlich erklärt werden sollte, daß in allen neun Ländern keine grundsätzlichen Bedenken vorhanden seien, müßte es endlich möglich werden, nicht nur über die gemeinsame Verkehrspolitik zu reden, sondern im Ministerrat auch zu handeln. Die Bürger unserer Gemeinschaft haben sowieso wenig Verständnis, daß gerade im Verkehrsbereich so wenig Fortschritt erzielt wird.

(-/7.4.1975/ka/pr)

+ + +

Kiel: Keine Hilfe für Schulabgänger

Die Regierung Stoltenbergs flieht aus ihrer Verantwortung gegenüber der Jugend

Von Heinz Lund MdL

Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Die schleswig-holsteinische CDU-Landesregierung versagt den Schulabgängern eine entscheidende Hilfe aus eigenen Mitteln: Laut Kabinettsbeschluss wird es für fehlende Ausbildungsplätze keine Entlastung auf dem schulischen Sektor geben. CDU-Kultusminister Prof. Dr. Walter Braun, der sich im Kabinett mit seinen Plänen nicht durchsetzen konnte, hat die Schulverwaltung inzwischen angewiesen, alle bereits in Gang befindlichen Vorbereitungen einzustellen. Anders als in Hamburg, wo 1.500 Plätze an beruflichen Schulen zusätzlich geschaffen werden konnten, wird es im CDU-regierten Schleswig-Holstein kein erhöhtes Angebot im Berufsbildungsjahr, in den Berufsfachschulen und Fachschulen geben.

Durch die Regierungsentscheidung wird im Lande Schleswig-Holstein die Situation für die diesjährigen Schulabgänger erheblich verschärft. Die Zahl der Schulentlassenen wird sich von 28.000 auf 30.000 erhöhen. Dem wird auch eine leichte Steigerung der Zahl der Lehrstellen gegenüberstehen. Sie wird aber nicht ausreichen, um alle Bewerber aufnehmen zu können. Die vorjährige Erfahrung hat gezeigt, daß einige hundert Schulentlassene keinen Ausbildungsplatz finden konnten. Es besteht die akute Gefahr, daß die Lage auf dem Lehrstellenmarkt in diesem Jahr noch angespannter sein wird.

Angesichts der erhöhten Zahl von Schulabgängern und der nicht ausreichenden Zahl von Lehrstellen wäre es also die Pflicht der CDU-Landesregierung, flankierende Maßnahmen in den beruflichen Schulen zu ergreifen. Dadurch soll und kann die Verantwortung der Wirtschaft, für ein ausreichendes Angebot an Lehrstellen zu sorgen, nicht aufgehoben werden. Nur wäre es

eine völlig falsche Maßnahme des Landes Schleswig-Holstein, wollte es bei einem Schrumpfen des Ausbildungsplatzangebots unter die kritische Grenze auch seinerseits das Quantum der Plätze an beruflichen Schulen klein halten und sich weigern, für den Ausbau Eigenmittel einzusetzen.

Die Kieler CDU-Landesregierung ist lediglich bereit, auf Kosten anderer etwas zu tun. Mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit soll das Jugendaufbauwerk ausgebaut werden. Diese Einrichtung ist 1949 geschaffen worden, um jugendliche Arbeitslose aufzufangen. Im Laufe der Zeit hat sich die Aufgabenstellung geändert. Heute werden in Verbindung mit der Arbeitsverwaltung berufsunreife Jugendliche in Grundausbildungslehrgängen gefördert. Jetzt beabsichtigt die Landesregierung, den ursprünglichen Zweck wieder in den Vordergrund zu rücken und erhöhte Mittel der Bundesanstalt anzufordern. Außerdem sollen mehr Bundesmittel für den Bau von überbetrieblichen Lehrwerkstätten eingesetzt werden.

Die Maßnahmen werden jedoch nicht ausreichen. Ein Eigenbeitrag des Landes in den beruflichen Schulen (Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, Fachschule) müßte geleistet werden. Die Nachfrage ist sehr groß. Allein in Kiel liegen 1.300 Anträge vor. Durch den Kabinettsbeschuß müssen 350 Bewerber abgewiesen werden: Ein Beweis für die unverantwortliche Härte der Kieler Regierungsentscheidung, die eine Flucht aus der eigenen Verpflichtung zu Lasten der betroffenen Jugendlichen darstellt.

(-/7.4.1975/ks/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Sonthofener Programm" in der internationalen Presse

Die "Sonthofener Programm"-Rede des CDU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß hat im gesamten Ausland außerordentliche Beachtung gefunden. Aus der sehr großen Zahl dieser Auslandsstimmen zitieren wir:

Frankreich:

"Die Veröffentlichung einer von Strauß im November v.J. gemachten Äußerung durch den SPIEGEL hat den Sozialdemokraten Munition geliefert.... Sie hat den CDU-Vorstand in eine schwierige Lage gebracht. Doch gegenüber Kohl, der die Mäßigung verkörpert will, präsentiert sich der bayerische Führer immer mehr als starker Mann, den die am Rande der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen befindliche Bundesrepublik braucht." ("LE MONDE"/Paris am 15. März 1975)

"Die 'Affäre Strauß': Ein gefundenes Fressen für die Regierung. Es genügte ein grober Fehler von Franz Josef Strauß, um der Regierungskoalition wieder Lust zum Kämpfen zu geben... Die Liberalen, denen schon eine Annäherung an die Christlichen Demokraten nachgesagt wurde, haben sich plötzlich wieder gefangen, um mit den Sozialdemokraten einen Block zu bilden wie in den besten Tagen der Ära Brandt-Scheel... Wenn die neue Affäre Strauß in erster Linie auch der Regierungsmannschaft nützt, so besagt das nicht, daß sie nicht auch der Oppositionspartei in die Hand spielt. Jedenfalls profitieren zwei Männer davon, die dem bayerischen Leader den Titel des Kanzlerkandidaten streitig machen, nämlich Kohl und Stoltenberg... Die CDU bestimmt ihren Kanzlerkandidaten nach den entscheidenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai, Wahlen, die zu gewinnen sie nach der Entgleisung von Strauß und angesichts der wiedergefundenen Moral der Koalitionsparteien nicht mehr so sicher ist." ("LE FIGARO"/Paris am 18. März 1975)

"Der bayerische Führer ist eher ein Großmaul als ein Faschist und mehr als jemals zuvor für das deutsche Volk die rechte Alternative zur Sozialdemokratie. Franz Josef Strauß irritiert und beunruhigt, aber man sollte sich vor Klischees hüten, wenn man von dem Bayernführer spricht. Strauß ist weder Hitler noch Bismarck. Er ist kein 'Faschist', sondern ein Großmaul, das von einem verächtlichen Ehrgeiz geleitet ist - dem Ehrgeiz, in einem oder in fünf Jahren Bundeskanzler zu werden und dann die Bande zwischen der Bundesrepublik und Westeuropa zu stärken. Dieser Ehrgeiz findet Nahrung in der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in der Bundesrepublik." ("LE QUOTIDIEN DE PARIS" am 20. März 1975)

Niederlande:

".... Obwohl auch viele christ-demokratische Bundestagsabgeordnete über die Ausführungen des Herrn Strauß nicht sehr glücklich waren, wagte es gestern niemand, sich von dem bayerischen Politiker zu distanzieren. Seine

Position innerhalb der Fraktion ist nun einmal felsenfest... Im Augenblick ist er, gemeinsam mit Vertretern des rechten Parteiflügels, zu dem auch Oppositionsführer Carstens gerechnet werden muß, jedenfalls noch derjenige, der in der Fraktion die Politik bestimmt... Nach Meinungsumfragen fühlen sich 53 % der Bevölkerung in keiner Weise bedroht... Und das muß der Opposition doch wohl zu denken geben..." ("NRC-HANDELSBLAD" am 14. März 1975)

"...CSU-Führer Franz Josef Strauß mag zwar von allen Law-and-order-Anhängern einschließlich der Befürworter der Todesstrafe umjubelt werden, jedoch in Hamburg, Hannover oder Westberlin bleibt er eine exotische Erscheinung." ("NRC-HANDELSBLAD" am 15. März 1975)

Belgien:

"Es gab bereits innerhalb der Bundesregierung einige Spannungen, aber Strauß hat die Koalition, auf deren Ruinen er seine Herrschaft errichten wollte, wieder zusammengesamt... Selbst Außenminister Genscher, dem man keine besonderen Sympathien für die Linke unterstellen kann, wirft der CDU eine Kapitulation vor Strauß vor... Wenn Strauß seine politische Unbeherrschtheit nicht bremst, wird das Kapital an Popularität verschwinden, das die CDU/CSU dank der Fehler der Koalition und wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik erringen konnte." ("LA LIBRE BELGIQUE" am 18. März 1975)

Schweiz:

"Bei allem Wahgeschrei der sozialliberalen Koalition muß zunächst betont werden, daß Strauß während seiner November-Rede nicht nur Verwerfliches ausgesprochen hatte. In der parlamentarischen Demokratie mit zwei großen Volksparteien der Mitte (CDU - SPD) sind Regierungs- und Oppositionsrollen austauschbar. Die Opposition darf sich weitgehend darauf beschränken, der Regierung Vorwürfe zu machen, wie es Strauß empfiehlt. Aber die Anprangerung muß proportional bleiben; als Methoden ausgeschlossen sind 'Schmörenlassen' der Nation in einer Krise, Rufmord und überhaupt hemmungslose Emotionalisierung. Strauß befürwortet das alles und setzt es ein bloßes Mittel der Politik (Machtgewinn) an die Stelle des Ziels (Verwirklichung politischer Ideen). Eine ähnliche Pervertierung ließ sich Richard Nixon zuschulden kommen; man weiß, wie es ausging. Das Terrorphänomen hat die deutsche Bundestagsdebatte vom Donnerstag also recht gut bewältigt. Aber als Daueraufgabe bleibt die Abwehr einer 'Watergate-Gesinnung', wie sie Franz Josef Strauß verkörpert." ("TAGES-ANZEIGER"/Zürich am 14. März 1975)

Österreich:

" 'Die Rede Strauß' enthält zuviele Ungeheuerlichkeiten, als daß sie schon jetzt in ihrem ganzen Gewicht gewertet werden könnte. Sicher scheint freilich, daß Strauß mit allen Mitteln versuchen möchte, die Angst der Bevölkerung vor kriminellen und politischen Verbrechern, vor Inflation und Arbeitslosigkeit in einem Maße zu schüren, daß der Ruf nach dem starken Mann unüberhörbar wird. ... Es könnte dereinst als historische Schuld der Demokraten in der CDU zu Buche schlagen, daß sie um des erhofften Regierungswechsels in Bonn darauf verzichtet haben, den Propheten der Krise und des heilsamen Schocks aus Rott am Inn frühzeitig in seine Schranken zu weisen." ("SALZBURGER NACHRICHTEN" am 12. März 1975) (-/7.4.1975/ks/pr)

+ + +